



Vorlage Nr.: V0501/15
Datum: 9. Juni 2015

Vorlage

Beratungsfolge

Dienstberatung der Oberbürgermeisterin	nicht öffentlich	zur Information
Ältestenrat	nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften (Eigenbetrieb Stadtentwässerung)	nicht öffentlich	1. Lesung
Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften (Eigenbetrieb Stadtentwässerung)	nicht öffentlich	beratend
Stadtrat	öffentlich	beschließend

Zuständig: GB Finanzen u. Liegenschaften

Gegenstand:

Feststellung der Jahresabschlussergebnisse 2013 einschließlich des Anhanges mit Anlagen und des Rechenschaftsberichtes mit Anlagen

Beschlussvorschlag:

1. Die Jahresabschlussergebnisse 2013 (einschließlich des dazugehörigen Anhanges mit Anlagen und Rechenschaftsberichtes mit Anlagen) werden gemäß § 88b Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) nach Durchführung der örtlichen Prüfung gemäß § 104 SächsGemO wie folgt festgestellt:

Im Ergebnishaushalt/Ergebnisrechnung mit

- Summe der ordentlichen Erträge von	1.282.773.009,12 EUR
- Summe der ordentlichen Aufwendungen von	1.233.781.671,73 EUR
- Einem Überschuss im ordentlichen Jahresergebnis von	48.991.337,39 EUR
- Summe der außerordentlichen Erträge von	126.432.894,13 EUR
- Summe der außerordentlichen Aufwendungen von	62.909.268,57 EUR
- Einem Überschuss im Sonderergebnis von	63.523.625,56 EUR
- Gesamtergebnis	112.514.962,95 EUR

im Finanzhaushalt/ Finanzrechnung mit

- Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit von	111.109.090,85 EUR
- Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit von	-120.353.732,85 EUR
- Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit von	-440.391,18 EUR
- Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen von	37.647.628,05 EUR
- Veränderung des Zahlungsmittelbestandes in 2012 um	27.962.594,87 EUR

in der Vermögensrechnung (Bilanz) mit

- einer Bilanzsumme von	4.359.725.558,70 EUR
- einem Anlagevermögen von	3.606.535.625,25 EUR
- einem Umlaufvermögen von	738.734.414,47 EUR
darunter dem Bestand an liquiden Mitteln von	491.504.418,00 EUR
- Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten von	14.455.518,98 EUR
- einer Kapitalposition von	3.020.182.832,61 EUR,
darunter einem Basiskapital von	2.612.061.464,37 EUR
und Rücklagen von	408.121.368,24 EUR
- Passiven Sonderposten von	819.569.153,54 EUR
- Rückstellungen von	107.511.595,14 EUR
- Verbindlichkeiten von	406.165.738,67 EUR
- Passiven Rechnungsabgrenzungsposten von	6.296.238,74 EUR
und Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre von	1.063.770.384,77 EUR

bereits gefasste Beschlüsse:

aufzuhebende Beschlüsse:

Finanzielle Auswirkungen/Deckungsnachweis:

Investiv:

Teilfinanzhaushalt/-rechnung:

Projekt/PSP-Element:

Kostenart:

Investitionszeitraum/-jahr:

Einmalige Einzahlungen/Jahr:

Einmalige Auszahlungen/Jahr:

Laufende Einzahlungen/jährlich:

Laufende Auszahlungen/jährlich:

Folgekosten gem. § 12 SächsKomHVO Doppik
(einschließlich Abschreibungen):

Konsumtiv:

Teilergebnishaushalt/-rechnung:

Produkt:

Kostenart:

Einmaliger Ertrag/Jahr:

Einmaliger Aufwand/Jahr:

Laufender Ertrag/jährlich:

Laufender Aufwand/jährlich:

Außerordentlicher Ertrag/Jahr:

Außerordentlicher Aufwand/Jahr:

Deckungsnachweis:

PSP-Element:

Kostenart:

Werte der Anlagenbuchhaltung:

Buchwert:

Verkehrswert:

Bemerkungen:

Begründung:

Vorbemerkung

Gemäß § 88 Abs. 2 der Gemeindeordnung des Freistaates Sachsen (SächsGemO) vom 18.03.2003, und der Änderung vom 27.01.2012 in Verbindung mit den §§ 47 - 51 der Sächsischen kommunale Haushaltsverordnung-Doppik (SächsKomHVO-Doppik) vom 08.02.2008, rechtsbereinigt mit Stand 31.12.2013 wurde der dritte doppische Jahresabschluss 2013 entsprechend den Rechtsvorschriften aufgestellt und unter Einhaltung der gesetzlichen Frist, per 30.06.2014, dem RPA zur örtlichen Prüfung übergeben. Es handelt sich dabei um eine Dreikomponentenrechnung mit den Bestandteilen:

- Ergebnisrechnung
- Finanzrechnung
- Vermögensrechnung (Bilanz).

Weiterhin gehören zum Jahresabschluss ein Anhang, ein Rechenschaftsbericht mit den dazu gesetzlich geregelten Anlagen.

Die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses einschließlich des dazugehörigen Anhangs und des Rechenschaftsberichtes ist gemäß § 104 SächsGemO eine Pflichtaufgabe des Rechnungsprüfungsamtes. Mit der Vorlage V0404/15 vom 20.03.2015 wurde vom RPA das Prüfungsergebnis in der Dienstberatung der Oberbürgermeisterin bekannt gegeben. Diese Vorlage ist Anlage zu dieser Vorlage. Der vom Rechnungsprüfungsamt erstellte Schlussbericht enthält den Bestätigungsvermerk und ist ebenfalls Anlage zu dieser Vorlage. Unter Ziffer 4 der Vorlage V0404/15 hat das Rechnungsprüfungsamt wie folgt zusammengefasst dargestellt:

„4. Ergebnis der Prüfung

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Jahresabschluss 2013 der Landeshauptstadt Dresden einschließlich des Anhangs mit allen Anlagen und des Rechenschaftsberichtes auf der Grundlage von § 104 SächsGemO geprüft und bestätigt im Wesentlichen die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften.

Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt nach pflichtgemäßer Prüfung, den Jahresabschluss 2013 einschließlich des Anhangs mit allen Anlagen und des Rechenschaftsberichtes dem Stadtrat zur Feststellung vorzulegen.“

Der Stadtrat stellt gemäß § 88b Absatz 2 die Jahresabschlussergebnisse nach der örtlichen Prüfung fest. Der Beschluss über die Feststellung ist der Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen und zusammen mit den Jahresabschlussergebnissen ortsüblich bekannt zu geben. Gleichzeitig ist der Jahresabschluss mit Anhang und Rechenschaftsbericht öffentlich auszulegen.

2. Vorlage Nr. V2907/14/ Vorläufiger Jahresabschluss 2013

Mit der Vorlage Nr. V2907/14 vom 27.05.2014 wurde vom Geschäftsbereich Finanzen und Liegenschaften bereits zum vorläufigen Ergebnis 2013 informiert. Diese bekannt gegebenen Ergebnisse wurden mit den testierten abgeglichen. Dazu folgende Übersicht aus der angeführten Vorlage angepasst an die testierten Ergebnisse:

Ergebnisrechnung (Stand 30.04.2014)	fortgeschr. Ansatz zum 31.12.2013	vorläufiges Ist	Abweichung
Erträge	1.271.796.452	1.282.773.009	10.976.557
Aufwendungen	1.273.172.555	1.233.781.672	39.390.883
ordentliches Ergebnis	-1.376.103	48.991.337	50.367.440
Entnahmen Ergebnisrücklage kons. Reste 2012	13.795.901		
Zuführung Ergebnisrücklage in Höhe Übertrag konsumtive Reste nach 2014		6.107.726	
Ergebnis nach Abschlussbuchung (Zuf. Ergebnis-RL)	12.419.798	42.883.611	30.463.813

Finanzrechnung		fortgeschr. Ansatz Stand 31.12.2013	vorläufiges Ist	Abweichung
EHH	Einzahlungen	1.238.059.392	1.225.718.870	-12.340.522
	Auszahlungen	1.186.812.850	1.114.609.779	72.203.071
Zahlungsmittelsaldo lfd. Verwaltungstätigkeit		51.246.542	111.109.091	59.862.549
abzüglich konsumtive Budgetüberträge lt. Vorlage				6.107.726
abzgl. Budgetüberträge aus Budgetabrechnung				1.289.930
abzgl. neu gebildete Rückstellungen lt. JA				31.971.578
abzüglich Vorsorgefonds				7.357.385
verbleibender Zahlungsmittelsaldo Verwaltungstätigkeit				13.135.930
Einzahlungen f. Investitionen		152.415.431	91.837.432	-60.577.999
Auszahlungen f. Investitionen		477.070.244	212.191.165	264.879.079
Zahlungsmittelsaldo Investitionstätigkeit		-324.654.813	-120.353.733	204.301.080
abzügl. Investive Budgetüberträge (Ausgabereste)				249.271.500
zuzügl investive Einnahmereste aus 2013				54.870.441
Einsparung invest. Ergebnis (Kürzung Budgetüberträge über 2 Mio.)				7.900.021
Ergebnis der laufenden Haushaltsbewirtschaftung				21.035.951
Zahlungsmittelsaldo gesamt (gerundet)				21.035.950

Die testierten gebuchten Jahresergebnisse blieben zu dieser Berechnung unverändert. Veränderungen gab es in den Belastungen für künftige Jahre, die unter der Bilanz ausgewiesen sind. Insgesamt bewirkten diese Änderungen eine Reduzierung des Zahlungsmittelsaldos von 21.077.500 Euro (lt. Vorlage V2907/14) auf ein Zahlungsmittelsaldo von 21.035.950 Euro um 41.550 Euro.

3. Jahresergebnisse 2013

Wichtige Voraussetzung für den Jahresabschluss 2013 war die Aufstellung, Genehmigung und Freigabe des Doppelhaushaltes 2013/2014. Der Doppelhaushalt 2013/2014 einschließlich der Haushaltssatzung wurde mit dem Haushaltsbegleitbeschluss zur Vorlage V1898/12 am 10. Januar 2013 vom Stadtrat beschlossen.

Gemäß § 76 Abs. 2 Satz 2 SächsGemO i. V. mit § 119 schloss sich nach der Beschlussfassung durch den Stadtrat noch eine Frist von einem Monat für das Vorlageverfahren bei der Landesdirektion und die Auslegung der Haushaltssatzung von mindestens einer Woche an. Erst mit Ende der Auslegungsfrist und der öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2013/2014 erlangte diese Rechtskraft. Damit begann ab dem 1. Januar 2013 für die Landeshauptstadt Dresden die vorläufige Haushaltsführung nach § 78 SächsGemO. Diese endete mit dem Zeitpunkt des rechtswirksamen Erlasses der Haushaltssatzung 2013/2014 am 25. März 2014.

Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung darf die Gemeinde Aufwendungen und Auszahlungen nur leisten, wenn sie zu deren Leistung gesetzlich verpflichtet ist oder diese unabweisbar sind (z. B. Gefahr für Leib und Leben). Freiwillige Leistungen sind in dieser Zeit nicht begründbar. Neue Verpflichtungen dürfen in dieser Zeit grundsätzlich nicht eingegangen werden. Aufgrund dieser gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen entstanden in 2013 Verzögerungen im Baugeschehen (Investitionen und Instandhaltungen). Weiterhin kam es zu

Minderaufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen, die zum Teil durch Rückstellungen für Instandhaltungen noch ergebniswirksam bzw. Budgetreste durch die die Mittelbindungen in das Folgejahr verlagert wurden.

Das Junihochwasser 2013 hat die öffentliche Infrastruktur in Dresden erneut erheblich geschädigt. Mit der Richtlinie Hochwasser 2013 vom 03.09.2013 erhielten alle Betroffenen die Möglichkeit, ihren Schaden über einen vorzeitigen förderunschädlichen Maßnahmenbeginn zu beseitigen und diesen über einen Wiederaufbauplan gefördert zu bekommen. Mit dem Erlass des Staatsministeriums für Finanzen vom 05.06.2013 konnten Soforthilfen zur finanziellen Unterstützung vom Juni-Hochwasser 2013 direkt betroffener/betroffene Einwohner/Einwohnerinnen gezahlt werden. Der Freistaat Sachsen stellte der LHD dafür 1.500.000 EUR zur Verfügung. Davon wurden 938.500 EUR an betroffene Einwohner/Einwohnerinnen ausbezahlt und dem Freistaat die Abrechnung der verwendeten Mittel vorgelegt.

Der Wiederaufbauplan der Landeshauptstadt Dresden wurde mittels der Vorlage V2577/13 den Stadträten am 12.12.2013 zur Beschlussfassung vorgelegt und die Oberbürgermeisterin mit der Umsetzung der Maßnahmen beauftragt. Zu den weiteren Ausführungen dazu siehe Rechenschaftsbericht.

Die Maßnahmen bis zum Antragsverfahren für Hochwasserschäden, die Schadensmeldung, Gutachten, Kostenschätzung, Auszahlung der Soforthilfen an Bürger, das Antragsverfahren, aber auch Sofortmaßnahmen, wie Beräumung etc. hatten erhebliche Kapazitäten in der Verwaltung gebunden. Dies führte ebenfalls dazu, dass geplante Maßnahmen/Projekte aus Kapazitätsgründen abgesagt bzw. zurückgestellt werden mussten. Die Schadensbewertung, -erfassung und -beseitigung hatten Vorrang.

Mit den abgerechneten ordentlichen Erträgen in Höhe von 1.282.773 TEUR und den abgerechneten ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.233.782 TEUR wurden in 2013 ein Aufwandsdeckungsgrad im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 104 % und ein Überschuss im ordentlichen Ergebnis von 48.991 TEUR erreicht. Der Überschuss wurde der Ergebnismittelrücklage zugeführt. In diesem zugeführten Betrag ist die Reservierung von Mitteln in Höhe von 7,4 Mio. EUR für die übertragenen konsumtiven Budgetreste und die Überträge aus der Budgetabrechnung enthalten. Damit wurden in dieser Höhe Mittel für Aufwendungen in 2014 gebunden, die im fortgeschriebenen Planansatz 2014 wirken.

Mit außerordentlichen Erträgen von 126.433 TEUR und außerordentlichen Aufwendungen von 62.909 TEUR wurde auch im Sonderergebnis 2013 ein Überschuss von 63.524 TEUR und damit ein Gesamtüberschuss in der Ergebnisrechnung von 112.515 TEUR abgerechnet. Auch dieser Überschuss wurde der Ergebnismittelrücklage (für das außerordentliche Ergebnis) zugeführt.

Die gesamten Jahresergebnisse sind in der folgenden Abbildung im Vergleich zum Vorjahr und zur Planung dargestellt:

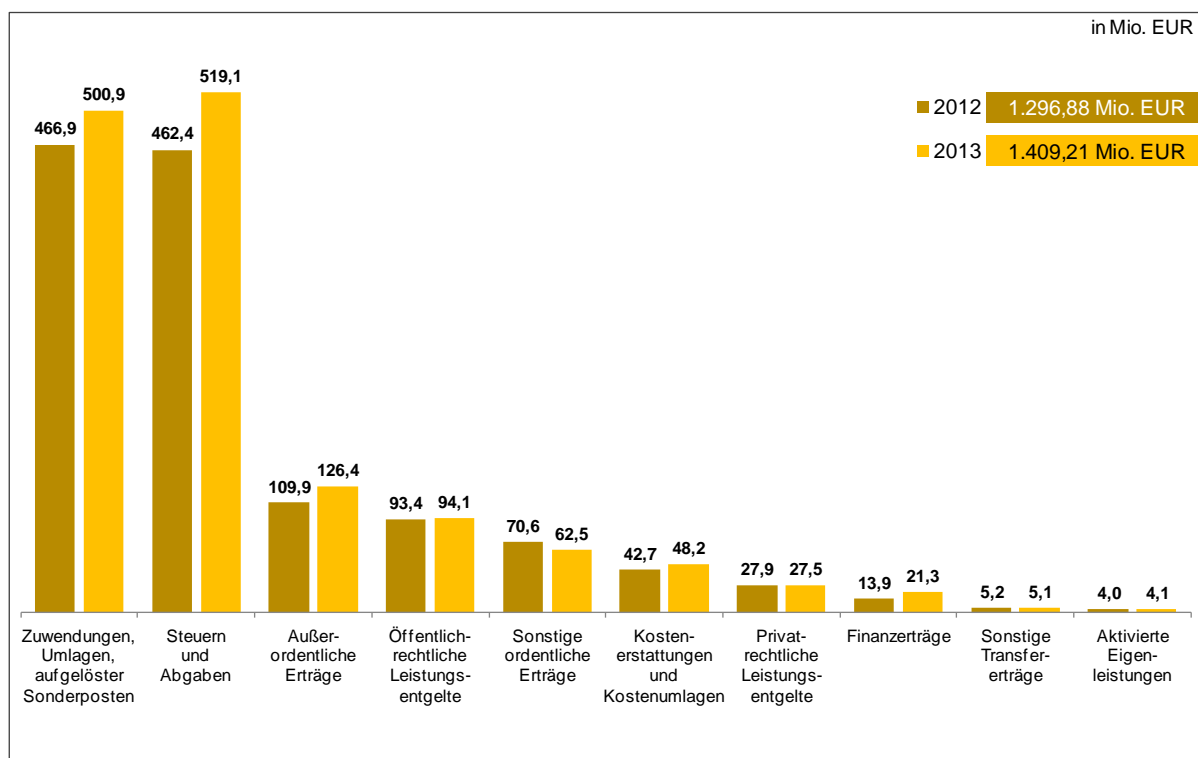
	Ergebnis 2012	Plan 2013	fortgeschriebener Plan 2013	Ergebnis 2013	Abweichung zum Vorjahr [Spalte 5./2]	Abweichung zum fortgeschriebenen Plan [Spalte 5./4]
1	2	3	4	5	6	7
	TEUR					
Ergebnishaushalt						
ordentliche Erträge	1.186.962	1.244.740	1.271.797	1.282.773	95.811	10.976
ordentliche Aufwendungen	1.167.841	1.233.936	1.273.173	1.233.782	65.941	-39.391
ordentliches Ergebnis	19.121	10.804	-1.376	48.991	29.870	50.367

außerordentliche Erträge	109.914	503	16.926	126.433	16.519	109.507
außerordentliche Aufwendung	30.411	949	18.830	62.909	32.498	44.079
Sonderergebnis	79.503	-446	-1.904	63.524	-15.979	65.428
Gesamtergebnis	98.624	10.358	-3.280	112.515	13.891	115.795
Finanzhaushalt						
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	74.014	64.884	51.247	111.109	37.095	59.862
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	75.672	89.618	152.415	91.837	16.165	-60.578
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	170.380	203.601	477.070	212.191	41.811	-264.879
Saldo aus der Investitionstätigkeit	-94.708	-113.983	-324.655	-120.354	-25.646	204.301
Einzahlung aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	433	890	865	440	7	-425
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-433	-890	-865	-440	-7	425
Änderung des Finanzierungsmittelbestandes im Haushaltsjahr	-21.127	-49.989	-274.273	-9.685	11.442	264.588

in der Tabelle wirken Rundungsdifferenzen

3.1 Ertragslage

Die Struktur und die Entwicklung der abgerechneten Erträge 2013 sind in der folgenden Abbildung dargestellt:



Besonders wesentlich für das Ergebnis 2013 waren Entwicklungen in den Erträgen aus Steuereinnahmen und ähnlichen Abgaben sowie aus Zuwendungen, Umlagen und aufgelösten Sonderposten.

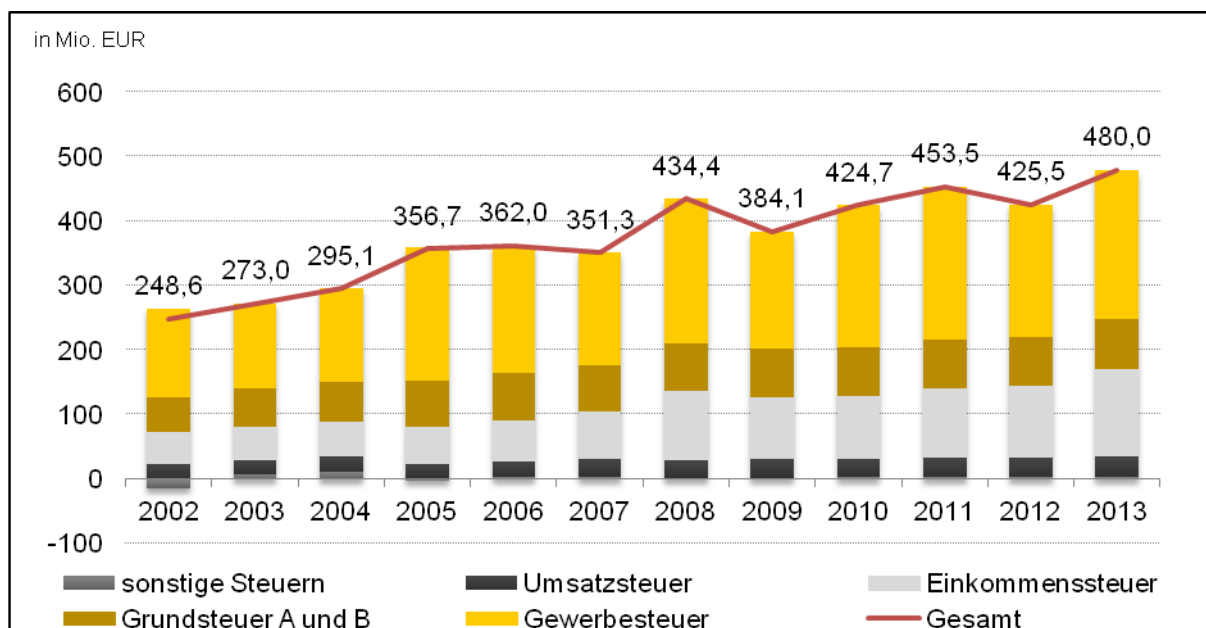
Erträge aus Steuereinnahmen und ähnliche Abgaben

Mit einem Anteil an den Gesamterträgen von 36,8 % mit 519,1 Mio. EUR stellten die Steuereinnahmen und ähnliche Abgaben den größten Anteil an den Gesamterträgen.

Diese Position setzt sich zusammen aus Steuern und den Kompensationsleistungen zum Familienausgleich sowie den Sonderlastenausgleich Hartz IV aus Landesmitteln für Kosten der Unterkunft nach SGB II (KdU).

Aufgrund der anhaltenden positiven konjunkturellen Entwicklung auf Bundes- und Landesebene stiegen die Erträge aus der Einkommenssteuer wesentlich und der Umsatzsteuer geringfügig im Vergleich zum Vorjahr weiter an.

Die Entwicklungen der einzelnen Steuerarten sind in der folgenden Abbildung und Tabelle dargestellt:



in Mio. EUR	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Grundsteuer A und B	59,5	61,0	72,8	73,9	72,5	74,8	74,9	76,0	76,3	76,1	76,9
Gewerbesteuer	132,7	145,4	205,8	197,4	174,9	223,3	182,6	220,9	236,9	205,7	232,7
Einkommenssteuer	51,2	54,2	57,0	63,6	72,4	106,2	96,2	96,3	107,0	110,4	136,2
Umsatzsteuer	23,1	23,2	23,5	24,4	27,2	28,4	28,1	28,3	29,9	30,0	30,3
sonstige Steuern	6,5	11,3	-2,4	2,7	4,3	1,7	2,3	3,2	3,4	3,3	3,9
Gesamt	273,0	295,1	356,7	362,0	351,3	434,4	384,1	424,7	453,5	425,5	480,0

Erheblich gestiegen zum Vorjahr um 27 Mio. EUR und zum fortgeschriebenen Ansatz um 8,7 Mio. EUR ist die Gewerbesteuer. Nach dem Einbruch dieser Steuerart in 2012 wurde in 2013 das Niveau von 2011 annähernd wieder erreicht.

Die Steuerquote (nur Steuererträge*100/ordentliche Erträge) wurde mit 35,6 % in der Planung fortgeschrieben und ist mit 37,4 % abgerechnet worden. Das heißt, 37,4 % der ordentlichen Erträge 2013 resultieren aus den Steuern.

Im Bereich der Landesmittel für Kosten der Unterkunft (KdU) nach SGB II waren im Vergleich zwischen fortgeschriebenem Ansatz und dem Ergebnis 2013 Mehrerträge in Höhe von 0,8 Mio. EUR zu verzeichnen. Bei einem fortgeschriebenen Ansatz in Höhe von 38,2 Mio. EUR wurden im Ergebnis Erträge in Höhe von 39 Mio. EUR erreicht.

Das Ergebnis setzt sich aus Abschlagszahlungen für das Jahr 2013 in Höhe von insgesamt 24,7 Mio. EUR aus der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisung (SoBeZ) sowie in Höhe von 14,0 Mio. EUR aus der Wohngeldentlastung des Freistaates Sachsen zusammen. Entsprechend dem Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 22. Juni 2011 wurde der SoBeZ-Betrag, der im Freistaat Sachsen an die Kommunen weiter zu reichen ist, in den Jahren 2012 und 2013 von bisher 268 Mio. EUR auf jeweils 190 Mio. EUR pro Jahr verringert. Der davon tatsächlich auf die Landeshauptstadt Dresden entfallende Betrag wird aus dem Verhältnis der KdU-Nettobelastung der sächsischen Kommunen untereinander sowie unter Einbeziehung der an die Kommunen weiter zu reichenden Wohngeldeinsparung des Landes ermittelt.

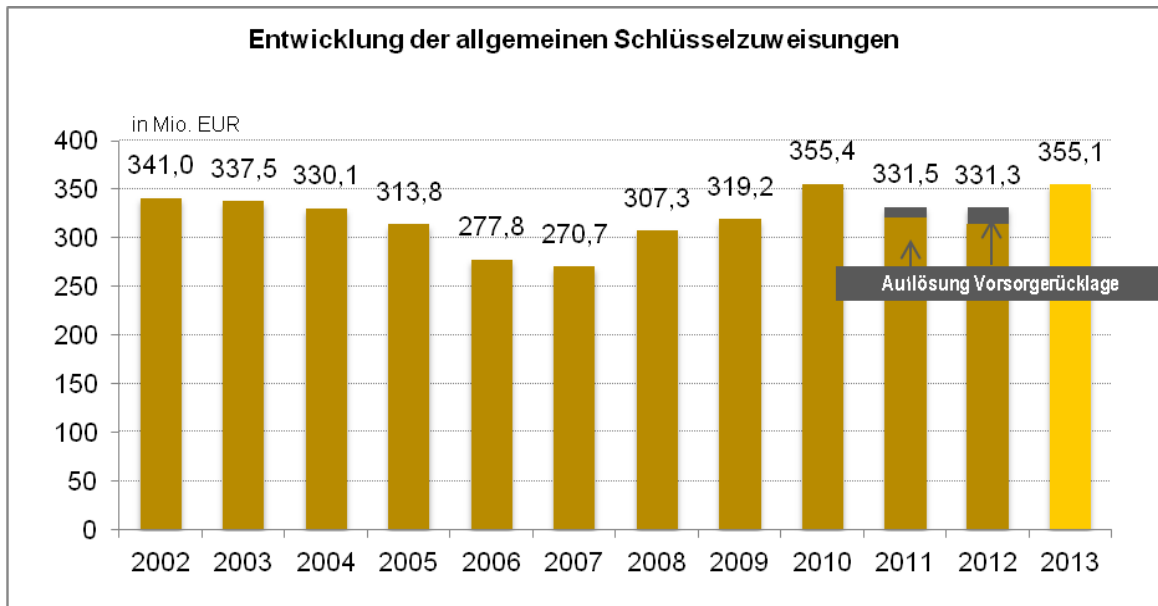
Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Sonderposten

Die zweithöchste Ertragsposition in 2013 mit einem Anteil an den gesamten Erträgen von 35,5 % ist die Position Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Sonderposten. Zum fortgeschriebenen Ansatz wirkte in dieser Position insgesamt ein Minderertrag von 4,2 Mio. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr wurden allerdings 34 Mio. EUR mehr abgerechnet.

In dieser Position sind zusammengefasst Zuweisungen und Zuschüsse, darunter auch die allgemeinen Schlüsselzuweisungen, Umlagen und sämtliche aufgelöste Sonderposten, die sich größtenteils aus in der Vergangenheit erhaltenen Fördermitteln für Investitionen ermitteln.

In der Gesamtposition wirken Erträge aus aufgelösten Sonderposten mit insgesamt 43,3 Mio. EUR. Diese Erträge resultieren aus der Jahresrate für die ertragswirksame Auflösung der passivierten Sonderposten lt. Vermögensrechnung aus Zuweisungen der Vorjahre vom Bund, Land, investiven Schlüsselzuweisungen, Investitionspauschalen und sonstigen Zweckzuweisungen für bereits fertiggestellte und abgerechnete Maßnahmen. Die ertragswirksame Auflösung der Sonderposten kann erst nach Aktivierung des fertiggestellten Vermögens abschreibungskonform (abschreibungsneutralisierend) gebucht werden.

Allgemeine Schlüsselzuweisungen wurden mit 352,1 Mio. EUR fortgeschrieben geplant und sind mit 355,1 Mio. EUR abgerechnet worden. Damit wirkten hier 3 Mio. EUR Mehrerträge für die Gesamtposition. Die Entwicklung des Kontenbereiches der allgemeinen Schlüsselzuweisungen (einschließlich der aufgelösten Vorsorgerücklage) ist im folgenden Diagramm dargestellt:



Im Vergleich zum Vorjahr mit 331,3 Mio. EUR ist eine Steigerung bei den allgemeinen Schlüsselzuweisungen (ohne Vorsorgefonds) um 23,8 Mio. EUR zu verzeichnen. In 2013 war im Unterschied zu 2012 kein Vorsorgefonds aufzulösen.

Der in 2013 im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) an die Kommunen ausgezahlte Vorsorgefonds wirkt zwar als Vermögenszuwachs in der Vermögensrechnung im Sonderposten, ist aber wegen fehlender gesetzlicher Regelungen des Freistaates Sachsen noch nicht zur Verwendung freigegeben. Ebenfalls in dieser Gesamtposition ist die Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft nach SGB II (KdU) mit insgesamt 36,1 Mio. EUR enthalten. Im Vorjahr wurde ein Ergebnis von 40,3 Mio. EUR abgerechnet.

Zum fortgeschriebenen Ansatz von 39,6 Mio. EUR wurden somit 3,5 Mio. EUR Mindererträge und im Vergleich zum Vorjahr Mindererträge in Höhe von 4,2 Mio. EUR abgerechnet.

Der fortgeschriebene Ansatz von 39,6 Mio. EUR basierte auf den laufenden Aufwendungen KdU nach SGB II in Höhe von 110,7 Mio. EUR mit einer Bundesbeteiligung von 35,8 %. Mit der Revision nach § 46 Abs. 6 und 7 SGB II wurde die Bundesbeteiligung für das Jahr 2013 rückwirkend auf 33,4 % festgesetzt. Bei KdU-Aufwendungen von 108,1 Mio. EUR in 2013 ermittelte sich die Bundesbeteiligung nach SGB II für die Stadt Dresden mit 36,1 Mio. EUR.

Außerdem waren in der Gesamtposition Erträge aus Spenden und Nachlässen von insgesamt 437,1 TEUR enthalten, erwartet wurden im fortgeschriebenen Ansatz 4,5 TEUR.

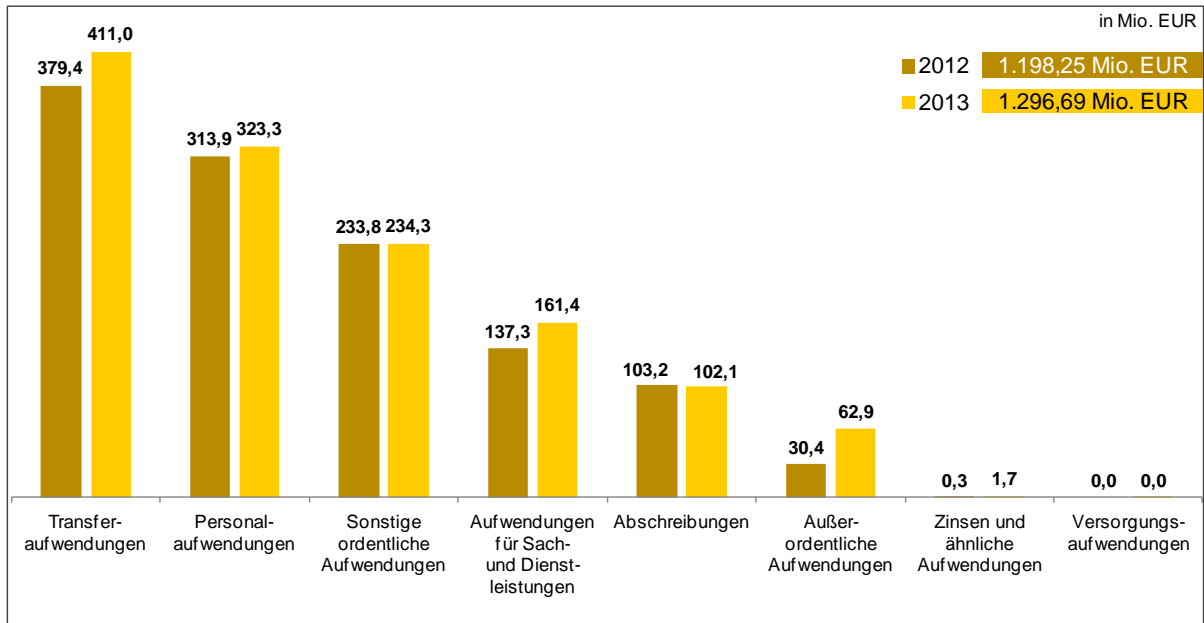
Damit wird deutlich, dass die Mindererträge von 4,2 Mio. EUR in der Gesamtposition sich hauptsächlich durch niedrigere Zuweisungen für laufende Zwecke begründen.

Die Zuwendungsquote (Erträge aus Zuwendungen*100/ordentliche Erträge) beträgt 39 %. Fortgeschrieben geplant war eine Quote von 39,7 %. Das heißt, 39 % der ordentlichen Erträge 2013 resultieren aus Zuwendungen.

Zu weiteren Ausführungen wird auf die Erläuterungen in den Anlagen (Rechenschaftsbericht) verwiesen.

3.2 Entwicklung der Aufwendungen 2013

Die Gesamtentwicklung der Aufwendungen stellt folgende Abbildung dar:



Wesentlich für die Gesamtaufwendungen waren Entwicklungen in den Transfer- und Personalaufwendungen sowie in den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. In den außerordentlichen Aufwendungen wirkten die für das Junihochwasser gebildeten Rückstellungen erhöhend.

Transferaufwendungen

Vollständig heißt diese Position Transferaufwendungen und Abschreibungen auf aktive Sonderposten (für geleistete Investitionszuwendungen).

Mit 31,7 % Anteil an den Gesamtaufwendungen war das in 2013 die höchste Position der ordentlichen Aufwendungen. Von den geplanten 432,4 Mio. EUR wurden lediglich 411,0 Mio. EUR verbraucht. Im Vergleich zum Vorjahr wurden allerdings 31,6 Mio. EUR mehr ausgegeben.

Insgesamt beinhaltet diese Position sämtliche soziale Leistungen, die Sozialumlage, die Gewerbesteuerumlage, von der Landeshauptstadt Dresden geleistete Zuschüsse und Zuwendungen an Unternehmen, Beteiligungen und Eigenbetriebe sowie an sonstige Dritte und die aufgelösten Sonderposten aus investiven Zuschüssen an Dritte (Auflösung aktiver Sonderposten).

Die Gewerbesteuerumlage war mit 15.600 TEUR geplant und ist mit 15.557,1 TEUR beschieden worden. Die Erfüllung lag bei 99,7 %.

Die Sozialumlage wurde mit 64.503 TEUR beschieden. Dies entsprach in etwa der fortgeschriebenen Plangröße. Maßstab zur Ermittlung sind die vom Staatsministerium der Finanzen herausgegebenen Umlagegrundlagen in Abhängigkeit von der Leistungsfähigkeit der Kommune (Einwohnerzahl und Steuereinnahmen). Die insgesamt festgelegte Umlage von allen Kommunen veränderte sich zu 2012 nicht und blieb bestehen mit 386.489 TEUR. Die Zahlungen der Stadt Dresden sind jedoch im Vergleich zum Vorjahr um 750 TEUR gestiegen. Im Vorjahr wurden 63.753 TEUR beschieden. Damit leistete die Stadt Dresden in 2013

einen Anteil an den Gesamtzahlungen der Kommunen an den Sozialverband in Höhe von 16,69 %. Im Vorjahr waren es 16,46 %.

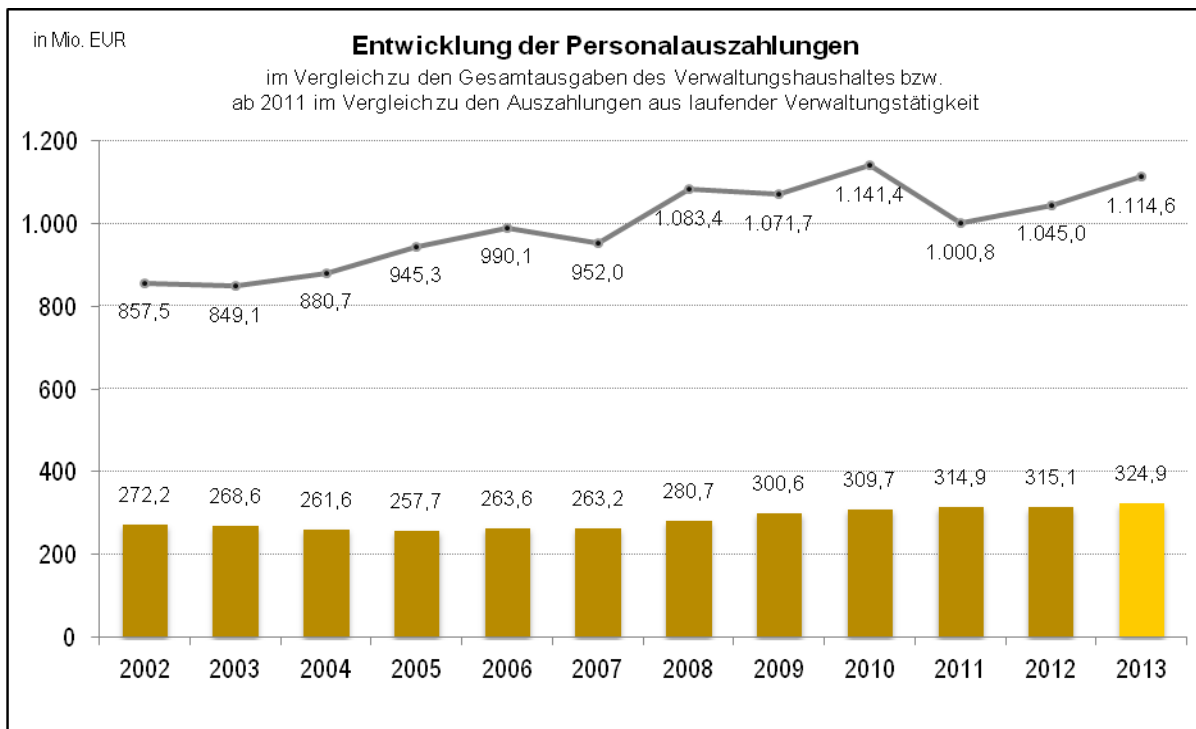
Im Rahmen des Beteiligungsmanagements wirkten in den ausgereichten Verlustabdeckungen und sonstigen Zuweisungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Eigenbetriebe Minderaufwendungen von 19,2 Mio. EUR. Diese Minderaufwendungen resultieren aus geringeren Zahlungen an den Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen Dresden, den Eigenbetrieb Sportstätten Dresden, die TWD Betriebsgesellschaft mbH, die Konzert- und Kongressgesellschaft mbH Dresden Kulturpalast/Schloß Albrechtsberg (KKG) und die Dresden Marketing GmbH, dazu s. Seite 37 Rechenschaftsbericht.

Personalaufwendungen/ Personalauszahlungen

Die Personalaufwendungen in Höhe von 323,3 Mio. EUR stellen mit 24,9 % den zweitgrößten Anteil an den gesamten Aufwendungen dar und wurden mit 8,7 Mio. EUR nicht in Anspruch genommen. Zum Vorjahr lag eine Steigerung der Personalaufwendungen um 9,4 Mio. EUR vor. Die Minderaufwendungen in Höhe von 8,7 Mio. EUR im Vergleich zum Planansatz resultieren hauptsächlich aus den nicht mehr zu bildenden Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen, die aufgrund der Gesetzesänderung Ende 2012 (Wegfall der Pflicht zur Bildung von Pensions- und Beihilferückstellungen) nicht mehr benötigt wurden.

Alle anderen Personalkostensteigerungen in den einzelnen Bereichen wurden durch Personalkosteneinsparungen kompensiert. Diesen Einsparungen entgegen wirkte der ungeplante Mehraufwand von 4,0 Mio. EUR durch Rückstellungsbildung für Klagen der Beamten gegen Altersdiskriminierung durch Besoldung nach Lebensalterstufen.

Die Entwicklung der Personalauszahlungen stellt die folgende Abbildung dar. Zum Zweck der Vergleichbarkeit mit den kameralen Ergebnissen der Vorjahre werden in der Abbildung die Personalausgaben bis 2010 (kamerales Rechnungsergebnis) mit den ab 2011 zahlungswirksam aufgewandten Personalauszahlungen verglichen.



Gegenüber 2012 (mit 315,1 Mio. EUR) ist eine Steigerung der Personalauszahlungen um 3,1 % auf 324,9 Mio. EUR zu verzeichnen. Diese Erhöhung beruht größtenteils auf den Auswirkungen durch Tarif- und Besoldungserhöhungen, denen Personalabgänge und zeitweise unbesetzte Stellen für Fachpersonal entgegenwirkten.

Dem fortgeschriebenen Ansatz für Personalauszahlungen in Höhe von 332,6 Mio. EUR standen tatsächliche Personalauszahlungen von 324,9 Mio. EUR gegenüber. Die Einsparungen in 2013 in Höhe von insgesamt 7,7 Mio. EUR resultieren aus folgenden Sachverhalten:

- Keine Ausschüttung eines Großteils des Budgets für die leistungsorientierte Bezahlung (LOB) wegen fehlender Vereinbarung, inkl. Arbeitgeberanteilen in einer Größenordnung von ca. 2,9 Mio. EUR, jedoch entsprechende Rückstellungsbildung. Das heißt, keine Zahlung, jedoch Aufwand. Spätere Zahlung bedeutet keine tatsächliche Einsparung.
- Verschiebung der Ausschüttung des LOB für Beamte, ca. 0,4 Mio. EUR. Auch hier gilt: keine Zahlung, jedoch Aufwand.
- Keine Tarifierhöhung Musiker bzw. Zahlung erst in 2014, Einsparung ca. 0,6 Mio. EUR. Auch hier gilt: keine Zahlung, jedoch Aufwand, allerdings wegen geringerer Nachzahlung kleiner als die geplante Zahlung.
- Die verzögerte Besoldungserhöhung bei den Beamten führte zu Einsparungen in Höhe von ca. 0,3 Mio. EUR. Keine Zahlung und kein Aufwand.
- Der Rest von 3,5 Mio. EUR sind in der Hauptsache tatsächliche Personalkosteneinsparungen durch restriktive Stellenbesetzung (seit Mitte 2013 sind kaum noch externe bzw. sehr verzögerte Besetzungen wegen des Ausblickes auf die fehlenden Personalkosten 2014 von 6,6 Mio. EUR erfolgt). Keine Zahlung und kein Aufwand.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen haben einen Anteil an den Gesamtaufwendungen von 12,4 % und wurden mit 7,9 Mio. EUR weniger in Anspruch genommen. Die Aufwandsquote für Sach- und Dienstleistungen beträgt 13,1 %.

Die Minderaufwendungen wirkten insbesondere in

- | | |
|---|--------------|
| - der laufenden Unterhaltung der Gebäude mit | 2,3 Mio. EUR |
| - der Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen und beweglichen Infrastrukturvermögens mit | 3,3 Mio. EUR |
| - den Mieten und Pachten mit | 1,1 Mio. EUR |
| - dem Aufwand für Medien und Bücher mit | 1,1 Mio. EUR |
| - den Anschaffungskosten für Dienst- und Schutzbekleidung mit | 1,2 Mio. EUR |
| - der Unterhaltung der Geräte und Ausstattung, EDV-Ausstattung mit | 3,8 Mio. EUR |
| - dem Aufwand für sonstige Dienstleistungen Dritter mit | 2,9 Mio. EUR |

Wegen des Hochwassers im Juni 2013 konnte im zweiten Halbjahr die reguläre Instandsetzung der Gemeindestraßen und Wege nur bedingt erfolgen. Vorher wirkte, zu Beginn des Jahres 2013, der lange Winter. Nach dem Hochwasser waren alle Firmen mit Schadensbeseitigungen und Wiederaufbau beschäftigt, sodass teilweise Aufträge schwer zu vergeben waren. Geplante Aufwendungen für die Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Infrastrukturvermögens wurden ebenfalls deshalb nur zum Teil in Anspruch genommen.

Minderaufwendungen in dieser Gesamtposition sind im Zusammenhang mit gebildeten Passiven Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP) für nicht verwendete Fördermittel, konsumtiven Budgetüberträgen für die nicht fertiggestellten Maßnahmen bzw. mit Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung zu betrachten. Somit führten diese Minderaufwendungen im Zusammenhang mit Überträgen in das nächste Jahr zum Teil zu Belastungen in künftigen Jahren. Im Unterschied zur Kameralistik sind die Überträge in das nächste Jahr nicht ergebniswirksam, binden aber in Zukunft Liquidität.

Durch Tarifierpassungen in Umsetzung des gesetzlich geforderten Mindestlohnes sind die Preise für neu ausgeschriebene Gebäudereinigungsleistungen, Sicherheits- und Wachdienste gestiegen. Gestiegen waren auch die Kosten für gemietete Spielstätten für Probemöglichkeiten und Konzerte, besonders im Zusammenhang mit dem Umzug der Dresdner Philharmonie, für die Anmietung des Lichthofes im Albertinum. Im Einzelnen wird dazu auf Erläuterungen der Ämter zu den Produkten in den Anlagen zum Rechenschaftsbericht verwiesen.

Zu den anderen Aufwandspositionen wird auf Darstellungen im Rechenschaftsbericht verwiesen.

4. Ergebnisse der Finanzrechnung 2013

Die einzelnen Zahlungsflüsse der Finanzrechnung 2013 wurden wie folgt abgerechnet:

	Ergebnis 2012	Plan 2013	Fortge- schr. Plan 2013	Ergebnis 2013	Abwei- chung zum Vorjahr	Abweichung zum fortge- schriebenen Plan
	in TEUR					
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.119.045	1.194.613	1.238.059	1.225.719	106.674	-12.340
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.045.031	1.129.729	1.186.813	1.114.610	69.579	-72.203
Zahlungsmittelsaldo aus lauf. Verwaltungstätigkeit	74.014	64.884	51.246	111.109	37.095	59.863
Einzahlungen aus Investitionen	75.672	89.618	152.415	91.837	16.165	-60.578
Auszahlungen aus Investitionen	170.380	203.601	477.070	212.191	41.811	-264.879
Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit	-94.708	-113.983	-324.655	-120.354	-25.646	204.301
Einzahlungen aus Krediten und ähnlichen Rechtsgeschäften	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Tilgung Kredite und ähnl. Rechtsgesch.	433	890	865	440	7	-425
Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätig.	-433	-890	-865	-440	-7	425
Saldo der Änderung des Finanzierungsmittelbestandes im Haushaltsjahr	-21.127	-49.989	-274.274	-9.685	11.442	264.589
Einzahlungen aus rückgez. Geldanlagen, aus Darlehen und Liquiditätskrediten	577	43	43	134.013	133.436	133.970
Auszahlungen für Geldanlagen, gewährte Darlehen und Tilgung Liquiditätskredite	0	0	0	-90.000	0	-90.000
Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern	310.604	0	0	308.471	-2.133	308.471

Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern	275.705	0	0	-314.836	-590.541	-314.836
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	35.476	43	43	37.648	-459.238	37.605
Summe Zuwachs an Zahlungsmitteln	14.349	-49.946	-274.230	27.963	13.614	302.193
Anfangsbestand an Zahlungsmitteln aus der Eröffnungsbilanz	449.193		463.541	463.542	14.349	0
kum. Endbestand an Zahlungsmitteln	463.542		189.311	491.505	27.963	302.193

In der Tabelle wirken Rundungsdifferenzen

In 2013 wurden folgende Zahlungsmittelsalden gebucht:

- aus der laufenden Verwaltungstätigkeit	111.109 TEUR
- aus der Investitionstätigkeit	-120.354 TEUR
- aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-440 TEUR</u>
	-9.685 TEUR

Somit wurde aus haushaltswirksamen Vorgängen des Jahres 2013 ein Saldo abgerechnet von -9.685 TEUR (Mittelabfluss). Dieser ist durch Mittelabflüsse für das Investitionsgeschehen und die Tilgung des kreditähnlichen Rechtsgeschäftes begründet.

Aus haushaltsunwirksamen Vorgängen wurde ein Mittelzufluss in Höhe von 37.648 TEUR erreicht. Durch diesen Mittelzufluss wurde ein positiver Saldo aus allen Zahlungsströmen für 2013 abgerechnet. Damit wirkt insgesamt in der Vermögensrechnung 2013 ein Zuwachs der Zahlungsmittel in Höhe von rd. 28 Mio. EUR.

Bei den haushaltsunwirksamen Vorgängen handelt es sich um

- Einzahlungen und Auszahlungen aus Geldanlagen, Darlehen und dem Liquiditätsverbund (Saldo + 44.012 TEUR)
- Einzahlungen und Auszahlungen aus den durchlaufenden Geldern (Saldo -6.365 TEUR. EUR)

Der negative Saldo in den durchlaufenden Geldern resultiert vorwiegend aus Vorschusszahlungen für wirtschaftliche Hilfen (WiHi mit 4,0 Mio. EUR Auszahlung) und den Unterhaltsvorschüssen (mit 5,7 Mio. EUR Auszahlung).

Durch Hinzurechnung des Anfangsbestandes an liquiden Mitteln per 01.01.2013 (entspricht dem Stand per 31.12.2012) errechnet sich der kumulative Gesamtbestand an liquiden Mitteln, der in der Vermögensrechnung in der Position liquide Mittel aus Finanzrechnung in Höhe von 491,5 Mio. EUR ausgewiesen ist.

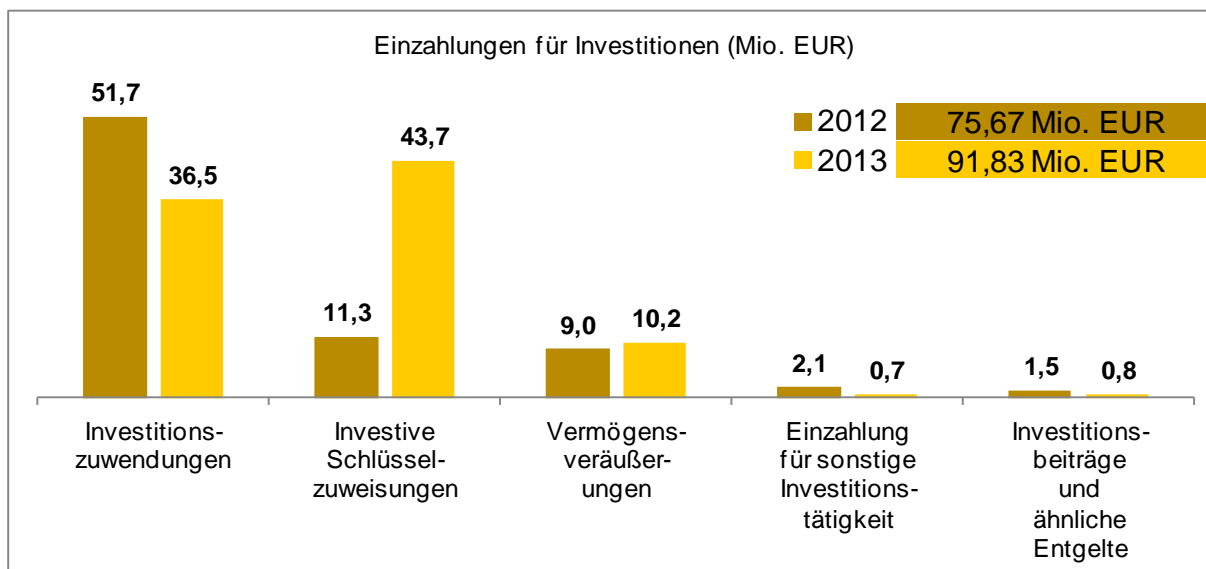
Der Liquiditätsdeckungsgrad (Summe Einzahlungen*100/Summe Auszahlungen) beträgt insgesamt 101,6 %.

Der Liquiditätsdeckungsgrad für die haushaltswirksamen Vorgänge (ohne die haushaltsunwirksamen Vorgänge) beträgt 99,3 %.

5. Abrechnung des Investitionshaushaltes/Investitionsrechnung

5.1 Investive Einzahlungen 2013

Die Struktur der Einzahlungen für Investitionen 2013 sind im folgenden Diagramm und der Tabelle dargestellt:



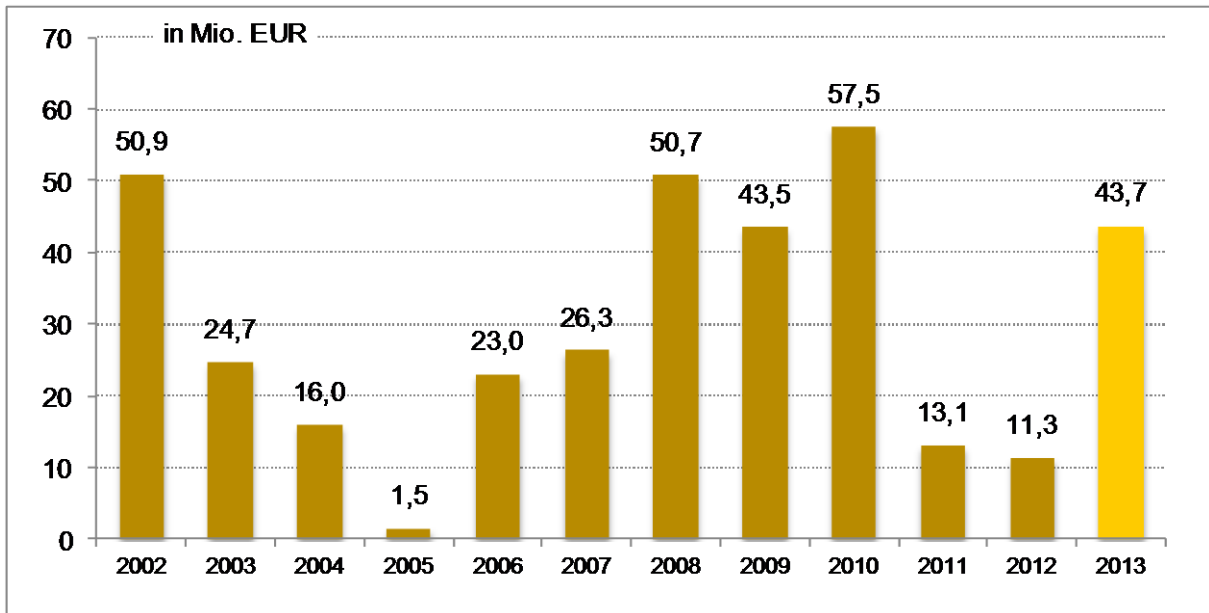
Einzahlungsposition	Ansatz 2013	Fortgeschr. Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung zum fortgeschr. Ansatz 2013	Anteilige Quote
	in TEUR				in %
Investitionszuwendungen	67.362	128.868	80.188	-48.680	87,3
darunter investive Schlüsselzuweisungen	43.961	43.961	43.714	-247	47,6
Vermögensveräußerungen	21.688	22.121	10.218	-11.903	11,1
Einzahlung für sonstige Investitionstätigkeit	0	697	677	-19	0,8
Investitionsbeiträge und ähnliche Entgelte	568	730	754	23	0,8
Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	89.618	152.415	91.837	-60.578	100,0

Die erzielten Mindereinzahlungen von insgesamt 60.578 TEUR resultierten mit 48.680 TEUR aus niedriger eingezahlten Fördermitteln und mit 11.903 TEUR aus weniger Erlösen aus Vermögensveräußerungen. Speziell bei den weniger eingezahlten Fördermitteln ist auf die jeweils vorhabenbezogenen Fördermittelabrufe abzustellen. Diese korrespondieren mit den 249.271 TEUR übertragenen investiven Budgetausgaberesten von 2013 nach 2014.

Die Mindereinzahlungen der Vermögensveräußerungen resultieren aus Grundstücksverkäufen, die im Jahr 2013 beurkundet wurden, bei denen die Fälligkeit des Kaufpreises (Besitzübergang) jedoch erst im Jahr 2014 eintritt. Es handelt sich insbesondere um den Grundstücksverkauf „Wiener Carree MK IV“.

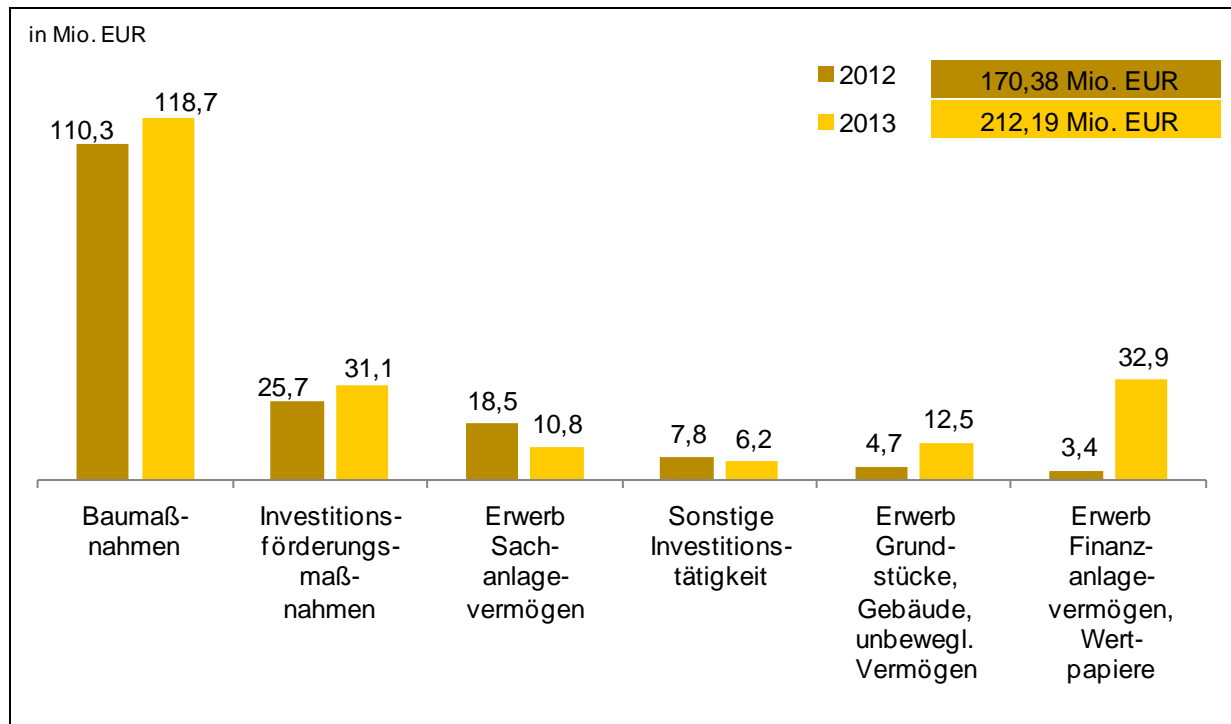
Abweichend zu den Vorjahren 2011 und 2012 wurden in 2013 nur investive Schlüsselzuweisungen von 43.7 Mio. EUR und keine anderen Zweckzuweisungen ausgereicht. Diese haben sich allerdings zu den Jahren 2011 bzw. 2012 fast vervierfacht.

Dazu folgende Abbildung:



5.2 Investive Auszahlungen 2013

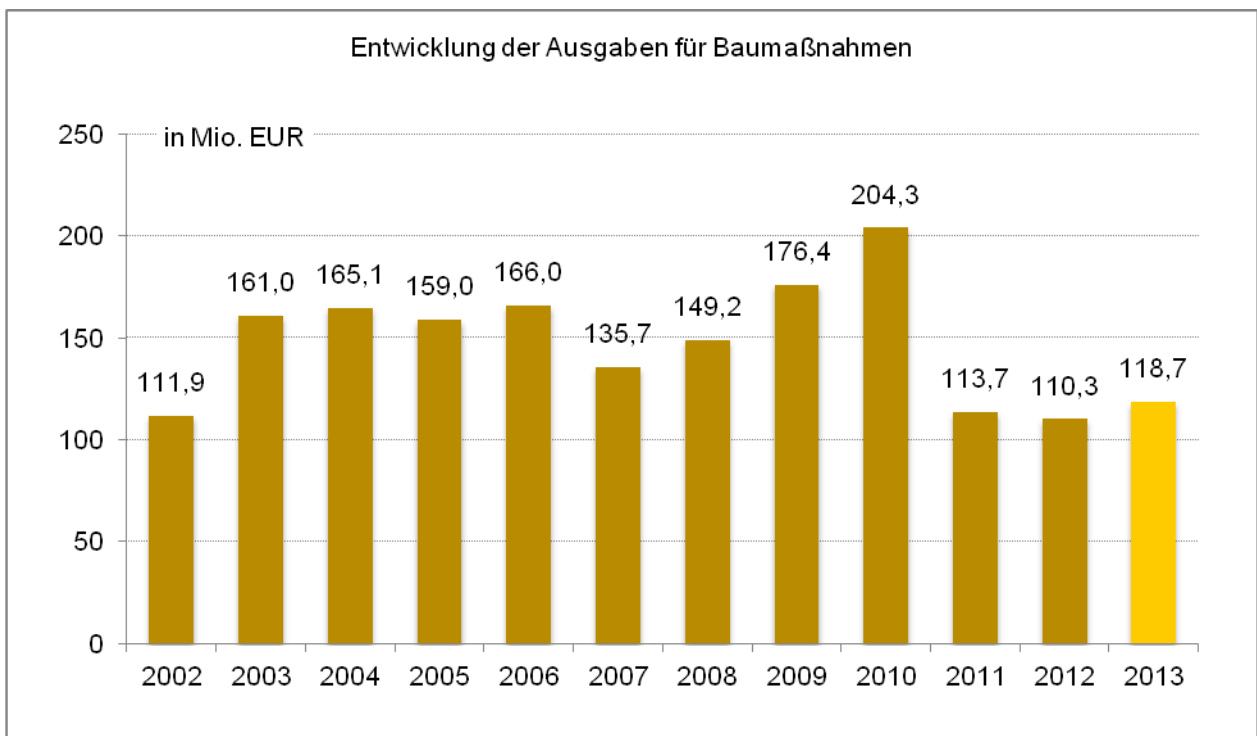
Die Auszahlungen für Investitionen 2013 stellen die folgenden Abbildung und Tabelle dar:



Auszahlungsposition	Ansatz 2013	Fortgeschr. Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Abweichung zum fortgeschr. Ansatz 2013	Anteilige Quote
	in TEUR				in %
Auszahlung für Erwerb immaterielles Vermögen	2.435	3.050	1.431	-1.619	0,7
Auszahlung für Erwerb Grundstücke,	10.641	29.556	12.534	-17.022	5,9

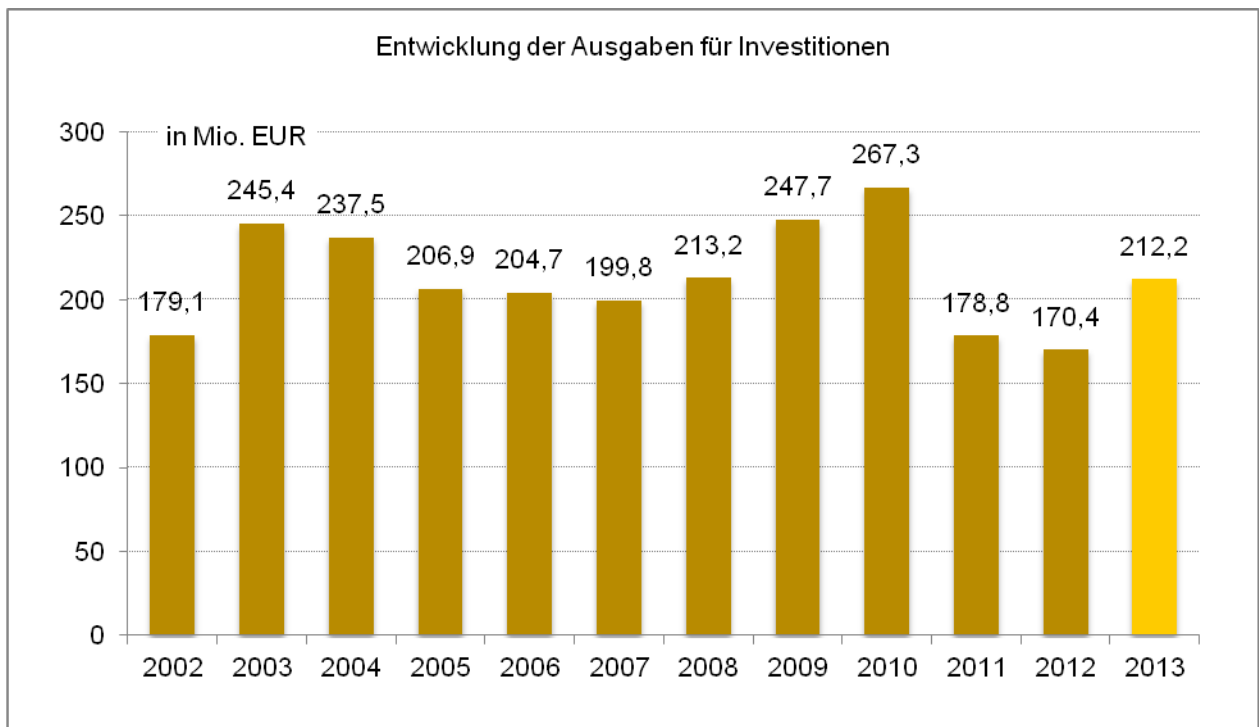
Gebäude, unbewegl. Vermögen					
Auszahlung für Baumaßnahmen	130.724	270.314	118.683	-151.631	55,9
Auszahlung für Erwerb Sachanlagevermögen	13.711	25.454	10.810	-14.644	5,1
Auszahlung für Erwerb Finanzanlagevermögen/Wertpapiere	4.060	37.750	32.916	-4.834	15,5
Auszahlung für Investitionsfördermaßnahmen	33.813	83.976	31.095	-52.881	14,7
Auszahlung für sonstige Investitionstätigkeit	8.217	26.970	4.722	-22.248	2,2
Summe Investitionsauszahlungen	203.601	477.070	212.191	-264.879	100,0

Darunter entwickelten sich die Ausgaben für Baumaßnahmen wie folgt:



In den Jahren 2009/2010 wirkten KP II Maßnahmen.

Folgende Abbildung stellt die Entwicklung der Gesamtinvestitionen dar:



Die Ausgaben lagen in 2013 ca. 42.000 TEUR über dem Vorjahresniveau und waren auf zwei Sondereffekte zurückzuführen. So wurde unter anderem das Ankaufsrecht für die Feuerwache Übigau in Höhe von 11.862 TEUR ausgeübt und die Kapitaleinlage bei der Kommunalen Immobilien Dresden GmbH & Co. KG in Höhe von 27.490 TEUR vorgenommen. Im Jahr 2013 wurden vier wesentliche Großprojekte abgeschlossen, der Neubau der Waldschlößchenbrücke, Sanierung B6 Bautzner Straße, Sanierung Borsbergstraße/Schandauer Straße 1. BA sowie der Ersatzneubau Sporthalle für die Oberschule Weißig.

An verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Eigenbetriebe wurden folgende investiven Auszahlungen in 2013 geleistet:

Auszahlungen für Investitionen	beschl. Ansatz 2013	Fortg. Ansatz 2013	Ergebnis 2013	Veränd. z. Fortg. Ansatz	Veränd. z. Vorjahr
	TEUR				
EB Kindertageseinrichtungen	24.650	53.273	23.131	-30.142	-16.630
EB Sportstätten Dresden	4.110	18.662	2.950	-15.712	1.009
Zoo Dresden GmbH	1.000	1.850	400	-1.450	-400
EB Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt	1.800	3.000	3.000	0	1.376
EB Krankenhaus Dresden-Neustadt	1.200	2.000	2.000	0	1.683
Kommunale Immobilien Dresden GmbH & Co. KG	0	31.665	27.490	-4.175	27.490
Summe	32.760	110.450	58.971	-51.479	14.528

Die Auszahlungen für Investitionen an städtische Gesellschaften werden in die Kapitalrücklage geleistet. Sie sind in der Finanzrechnung als Erwerb von Finanzanlagen ausgewiesen. Zu den Erläuterungen siehe im Rechenschaftsbericht Seite 65.

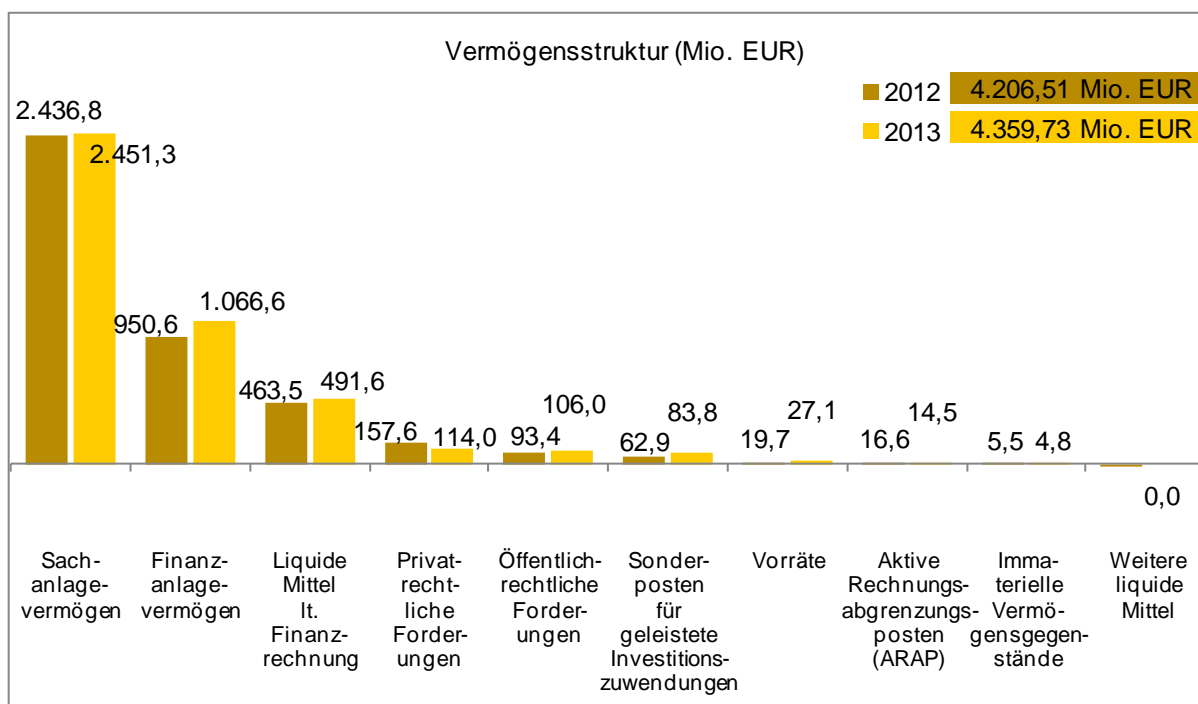
Es ist insgesamt festzustellen, dass die Landeshauptstadt Dresden nicht alle im Haushaltsplan für 2013 veranschlagten sowie per investiven Budgetrest übertragenen Investitionen vollständig realisieren konnte, folgerichtig ergab sich wieder ein erheblicher investiver Budgetübertrag in Höhe von 249.271 TEUR nach 2014.

Zu den einzelnen Gründen siehe Rechenschaftsbericht ab Seite 68 bzw. Erläuterungen zu den einzelnen Projekten.

6. Vermögensrechnung/Bilanzergebnisse 2013

6.1 Vermögensstruktur 2013

Die Vermögensrechnung 2013 (Bilanz) der Landeshauptstadt Dresden weist zum Stichtag 31.12.2013 ein Vermögen im Wert von 4.359.725.558,70 EUR aus. Damit ist im Vergleich zum Vorjahresstichtag 31.12.2012 (4.206.505.958,95 EUR) ein Vermögenszuwachs von 153.219.599,75 EUR zu verzeichnen. Die Entwicklung der Vermögensstruktur ist in der folgenden Abbildung dargestellt:



Bilanzposition	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013	Abweichung zu 2012	Entwicklung zu 2012	Anteilquote Bilanzsumme 2013
	TEUR			%	
Immaterielles Vermögen	5.503	4.804	-699	87,3	0,1
Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen	62.854	83.790	20.936	133,3	1,9
Sachanlagevermögen	2.436.845	2.451.310	14.465	100,6	56,2
Finanzanlagevermögen	950.575	1.066.632	116.057	112,2	24,5
Vorräte	19.712	27.138	7.426	137,7	0,6
öffentlich-rechtliche Forderungen	93.351	106.008	12.657	113,6	2,4

Privatrechtliche Forderungen/ Wertpapiere des Umlaufvermögens	157.564	114.016	-43.548	72,4	2,6
Liquide Mittel	463.493	491.572	28.079	106,1	11,3
Aktive Rechnungsabgren- zungsposten	16.609	14.456	-2.153	87,0	0,3
Bilanzsumme	4.206.506	4.359.726	153.220	103,6	100,0
Summe Anlagevermögen	3.455.777	3.606.536	150.759	104,4	82,7
Summe Umlaufvermögen	734.120	738.734	4.614	100,6	16,9

Die Aktivseite der Bilanz besteht zu 82,7 % aus langfristig gebundenem Anlagevermögen. Darunter wesentlich das Sachanlagevermögen und die Finanzanlagen.

Anlagevermögen

Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen hatte die folgende Struktur:

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013	Abweichung 2013 zu 2012	Entwick- lung zu 2012	Anteils- quote 2013
	in TEUR			in %	
unbebaute Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	242.566	236.311	-6.255	97,4	9,6
bebaute Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	666.999	662.519	-4.480	99,3	27,0
Infrastrukturvermögen	1.166.133	1.124.212	-41.921	96,4	45,9
Bauten auf fremdem Grund und Boden	1	1	0	100,0	0,0
Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler	2.579	3.358	779	130,2	0,1
Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	24.084	23.226	-858	96,4	0,9
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Tiere	32.261	30.553	-1.708	94,7	1,2
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	302.222	371.129	68.907	122,8	15,1
Summe Sachanlagevermögen	2.436.845	2.451.309	14.464	100,6	100,0

in der Tabelle wirken Rundungsdifferenzen

Die Summe des Sachanlagevermögens nach Abschreibungen stieg zum Vorjahr um 14.464 TEUR und besteht zu 45,9 % und damit knapp zur Hälfte aus Infrastrukturvermögen und zu 27,0 % aus Gebäuden und Grundstücken. Die Bilanzpositionen bebaute und unbebaute Grundstücke einschließlich der grundstücksgleichen Rechte an solchen haben einen Anteil am gesamten Sachvermögen von 36,6 %. Die Positionen Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler sowie Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung spielen eine untergeordnete Rolle.

Erheblich sind die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau mit einem Anteil von 15,1 %, die mit einem Wert von 371,1 Mio. EUR (Vorjahr 302,2 Mio. EUR) in das Sachanlagevermögen eingingen. Diese Position widerspiegelt das Baugeschehen mit allen bereits begonnenen und noch im Bau befindlichen Maßnahmen. Es handelt sich um Vermögen, das in aktuell laufenden Baumaßnahmen bereits in der Finanzrechnung finanziert (ausgezahlt) aber noch nicht schlussgerechnet bzw. aktiviert ist und damit auch noch nicht abgeschrieben wird. In allen anderen Positionen wirken die Zugänge des Jahres abzüglich der Abschreibungen, dazu siehe Anlagenspiegel.

Darin enthalten waren z. B.

die Waldschlößchenbrücke mit	152,1 Mio. EUR
die Sanierung des Rathauses mit	18,6 Mio. EUR
der Umbau/Sanierung des Kulturpalastes	7,9 Mio. EUR
das Marie-Curie-Gymnasium mit	11,3 Mio. EUR
das Gymnasium Bürgerwiese mit	10,5 Mio. EUR
der Ausbau der Schandauer/Borsbergstr. mit	6,7 Mio. EUR.

Des Weiteren sind geleistete Anzahlungen in Höhe von 0,4 Mio. EUR enthalten.

Aus der Struktur des Sachanlagevermögens wird direkt sichtbar, dass es sich zum Großteil um Vermögen handelt, das den Bürgern/Bürgerinnen unmittelbar und größtenteils unentgeltlich bzw. nicht kostendeckend zur Nutzung zur Verfügung gestellt wird. Daraus ergibt sich eine sehr hohe Unterhaltungslast für die Landeshauptstadt Dresden, die nicht durch Erträge daraus abgedeckt ist und zu deren Deckung zusätzliche Finanzmittel im Rahmen der Bewirtschaftung erforderlich sind. Je mehr die Stadt Dresden neu baut desto höher werden auch die künftigen Bewirtschaftungskosten sein. Jedes neue Gebäude, jede neue Straße und jeder neu gebaute Spielplatz oder Grünanlage müssen nach Fertigstellung auch bewirtschaftet werden. Zur Finanzierung des Unterhaltungsaufwandes müssen allgemeine Deckungsmittel im Rahmen der laufenden Bewirtschaftung in der Ergebnis- und Finanzplanung (insbesondere auch als Folgekosten der Investitionen) gesichert werden, dazu gehören auch die Abschreibungen.

Finanzanlagevermögen

Die Finanzanlagen in Höhe von 1.066.632 TEUR stellen 24,5 % des Vermögens. Deren Struktur und Entwicklungen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013	Abwei- chung 2013 zu 2012	Entwick- lung zu 2012	Anteils- quote 2013
	in TEUR			in %	
Anteile an verbundenen Unternehmen	682.590	820.423	137.833	120,2	76,9
Beteiligungen	15.726	15.951	225	101,4	1,5
Sondervermögen	250.716	228.758	-21.958	91,2	21,4
Ausleihungen	1.543	1.500	-43	97,2	0,1
Summe Finanzanlagen	950.575	1.066.632	116.057	112,2	100,0

Wie der Tabelle zu entnehmen ist, liegt der höchste Anteil mit 76,9 % bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen, mit 21,4 % die Anteile am Sondervermögen, sowie mit 1,5 % die Anteile an weiteren Beteiligungen. Zur Übersicht der verbundenen Unternehmen, Eigenbetriebe und Beteiligungen wird auf die Anlage IV zum Anhang verwiesen. Hier wird das Eigenkapital dieser Unternehmen nach der Eigenkapitalspiegelmethode ausgewiesen. Diese Methode erfordert eine jährliche Anpassung der Finanzanlagen durch die erwirtschafteten Jahresergebnisse der Gesellschaften, die in das Eigenkapital einfließen.

Die Ausleihungen betrafen einen Vertrag mit der NANOelektronikZentrumDresden GmbH.

Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen mit 738.734 TEUR hat einen Anteil an der Bilanzsumme von 16,9 % und ist im Vergleich zum Vorjahr um 4.614 TEUR (Vorjahr 734.120 TEUR) gestiegen. Die Zusammensetzung und die Entwicklungen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013	Abwei- chung 2013 zu 2012	Entwick- lung zu 2012	Anteils- quote 2013
	in TEUR			in %	
Vorräte	19.712	27.138	7.426	137,7	3,7
öffentlich rechtliche Forderungen	93.351	106.008	12.657	113,6	14,3
privatrechtliche Forderungen	157.564	114.016	-43.548	72,4	15,4
Liquidität	463.493	491.572	28.079	106,1	66,5
Summe Umlaufvermögen	734.120	738.734	4.614	100,6	100,0

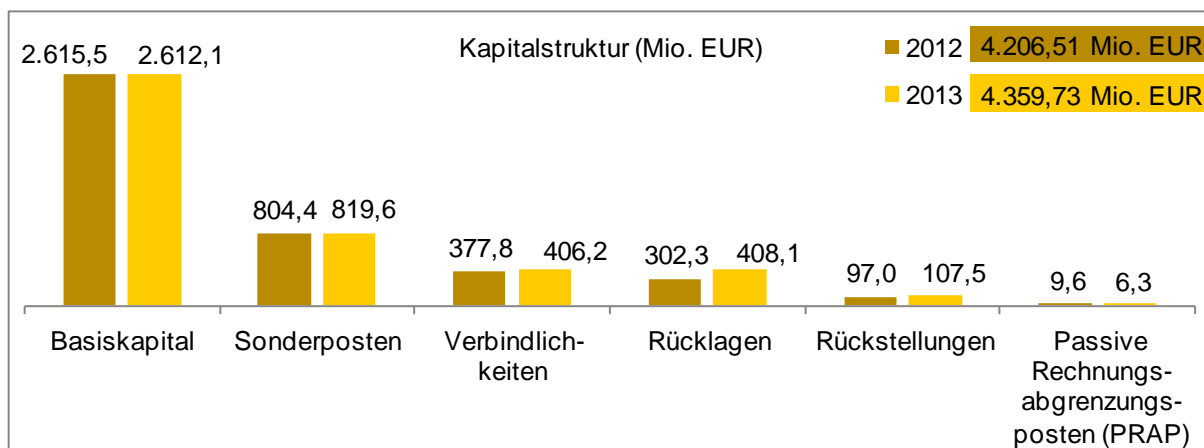
Vorräte spielen in der Bilanz der Landeshauptstadt Dresden weiterhin eine untergeordnete Rolle. Es handelt sich hier um die Bestände der zum Verkauf vorgesehenen Gebäude und Grundstücke mit insgesamt 24,5 Mio. EUR und bewertete Bestände in den Lagern der Landeshauptstadt Dresden für Büro- und Baumaterial, sowie Vorräte in Museumsshops, dem Rettungsdienst und der Feuerwehr. Gestiegen sind die Vorräte in der Lagerwirtschaft des Rettungsdienstes und der Feuerwehr. Im Lagerbestand der Feuerwehr wurden in 2013 weitere Vorratskonten für Werkstätten eingerichtet.

Der Liquiditätsbestand ist mit insgesamt 491.572 TEUR ausgewiesen und hat mit 66,5 % den höchsten Anteil am Umlaufvermögen. Dieser beinhaltet auch den in der Finanzrechnung 2013 ausgewiesenen Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen, einschließlich der Geldbestände aus dem Liquiditätsverbund und der Stiftungsgelder, die gleichzeitig in den Verbindlichkeiten ausgewiesen sind sowie die weiteren liquiden Mittel von 68 TEUR.

Zu den einzelnen Positionen siehe Rechenschaftsbericht.

6.2 Kapitalstruktur 2013

Die Vermögensrechnung (Bilanz) 2013 der Landeshauptstadt Dresden weist zum Stichtag 31.12.2013 ein Kapital (Bilanzsumme) im Wert von 4.359.725.558,70 EUR aus. Im Vorjahr waren es zum Stichtag 4.206.505.958,95 EUR. Damit ist die Kapitalseite analog der Vermögensseite um 153.219.599,75 EUR gestiegen.



	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013	Abweichung 2013 zu 2012	Entwicklung zu 2012	Anteils- quote 2013
	in TEUR			in %	
Kapitalposition (Eigenkapital)	2.917.793	3.020.183	102.390	103,5	69,3
Sonderposten	804.404	819.569	15.165	101,9	18,8
Rückstellungen	96.955	107.512	10.557	110,9	2,5

Verbindlichkeiten	377.752	406.166	28.414	107,5	9,3
PRAP	9.602	6.296	-3.306	65,6	0,1
Summe Passiva	4.206.506	4.359.726	153.220	103,6	100,0
Summe Eigenkapital (EK)	2.917.793	3.020.183	102.390	103,5	69,3
Summe Sonderposten (EK im weitesten Sinn)	804.404	819.569	15.165	101,9	18,8
Summe Fremdkapital	484.309	519.974	35.665	107,4	11,9

Kapitalposition

Das Eigenkapital besteht aus dem Basiskapital (Kapitalposition) und den Rücklagen und ist in der Bilanz ausgewiesen mit 3.020.183 TEUR (Stand 2012 war 2.917.793 TEUR).

Die Eigenkapitalquote beträgt 69,3%. Im Vorjahr betrug diese 69,4 %.

Die Vermögensdeckungsquote I, also der Anteil des durch die Eigenkapitalposition gedeckten Anlagevermögens liegt bei 83,7 %. Das Eigenkapital und die Sonderposten (im Vermögen verbaute Fördermittel und Mittel Dritter, die der Stadt gewährt wurden) decken das Anlagevermögen zu 100 % (Vermögensdeckungsquote II).

Die Struktur und Entwicklung ist in folgender Tabelle dargestellt:

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013	Abwei- chung 2013 zu 2012	Entwick- lung zu 2012	Anteils- quote 2013
	in TEUR			in %	
Basiskapital	2.615.527	2.612.062	-3.465	99,9	86,5
Rücklagen	302.266	408.121	105.855	135,0	13,5
Summe Kapitalposition	2.917.793	3.020.183	102.390	103,5	100,0

in der Tabelle wirken Rundungsdifferenzen

Die Veränderung des Basiskapitals um -3,5 Mio. EUR ist bedingt durch Korrekturen nach § 62 SächsKomHVO-Doppik (Berichtigungen der Eröffnungsbilanz). Dazu wird auf Erläuterungen im Anhang Kapitel 3 und Anlage 7 verwiesen.

Die in 2013 aus den zweckgebundenen Investitionsrücklagen beanspruchten Mittel der investiven Rücklagen in Höhe von 8,5 Mio. EUR wurden in das Basiskapital umgebucht und wirkten dort kompensierend als Zugang.

Rücklagen

Rücklagen in Höhe von insgesamt 408,1 Mio. EUR beinhalten die im Rahmen der Jahresabschlüsse 2011 - 2013 zugeführten Überschüsse aus dem ordentlichen und dem Sonderergebnis und die zweckgebundenen Investitionsrücklagen, die mit der Eröffnungsbilanz gebildet und entsprechend dem geplanten Mittelabruf als verwendet in das Basiskapital umgebucht wurden. Des Weiteren wirkten in den Rücklagen aus Überschüssen Korrekturen nach § 62 SächsKomHVO-Doppik in Höhe von 1,9 Mio. EUR. Dazu wird auf die Erläuterungen im Anhang verwiesen.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 wurden Überschüsse erwirtschaftet und wie folgt zugeführt:

- aus dem ordentlichen Ergebnis in Höhe von 49,0 Mio. EUR in die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses, die mit 7,4 Mio. EUR für Budgetüberträge nach 2014 gebunden ist.
- aus dem Sonderergebnis in Höhe von 63,5 Mio. EUR in die Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses. Darunter enthalten ist der Fehlbetrag von (-)14.486.082,29 EUR aus dem Sonderergebnis für das Junihochwasser.

Im Sonderergebnis 2013 sind die Auswirkungen des Junihochwassers 2013 für konsumtive Maßnahmen der Schadensbeseitigung eingestellt. Für den Bereich Junihochwasser übersteigen die außerordentlichen Aufwendungen die außerordentlichen Erträge, sodass sich für den Bereich Hochwasser ein negatives Ergebnis in Höhe von (-)14.486.082,29 EUR errechnete. Dieses resultiert insbesondere aus gebuchten außerordentlichen Aufwendungen für die Zuführung zu Rückstellungen für Schadensbeseitigung auf der Grundlage des bestätigten Maßnahmenplanes der Landeshauptstadt Dresden.

Die Bestände der im Rahmen der Eröffnungsbilanz mit Beschlüssen gebildeten zweckgebundenen Investitionsrücklagen veränderten sich entsprechend den planmäßig zur Verwendung bereitgestellten Mitteln von 8,5 Mio. EUR. Entsprechend der geplanten Beanspruchung der Mittel werden diese Bestände in das Basiskapital umbucht. Der Gesamtbestand des Eigenkapitals bleibt dadurch unverändert, weil Rücklagen auch Eigenkapital sind. Zu den weiteren Erläuterungen wird auf den Anhang Kap. 4.4. verwiesen.

Passive Sonderposten

Die passiven Sonderposten sind insgesamt ausgewiesen mit 819,6 Mio. EUR (Stand Vorjahr 804,4 Mio. EUR). Damit sind diese um 15,2 Mio. EUR gestiegen. Die einzelnen Sonderposten sind in der Bilanz ausgewiesen und resultieren vorwiegend aus empfangenen und zweckentsprechend verwendeten Investitionszuschüssen, investiven Schlüsselzuweisungen, Investitionsbeiträgen, investiven Spenden.

Sonderposten gehören im weitesten Sinne zum Eigenkapital, da es sich um im Vermögen verbaute und abgerechnete Fördermittel oder investive Spenden bzw. Mittel Dritter, die für das Vermögen der Stadt zweckgebunden bestimmt sind, handelt.

Den größten Anteil mit 98,2 % und mit 789,9 Mio. EUR haben Sonderposten für empfangene Investitionszuwendungen einschließlich der investiven Schlüssel- und Zweckzuweisungen. Sonderposten aus Investitionsbeiträgen sind mit einem Anteil von 1,6 % und 12,9 Mio. EUR enthalten.

Des Weiteren wurden Sonderposten gebildet für den Gebührenaussgleich (Abfall und Depo-nien) und für den Teil der Vorsorgerücklage aus dem FAG-Vorsorgefonds.

Zu den weiteren Ausführungen wird auf den Anhang Kap. 4.5. und Rechenschaftsbericht verwiesen.

Im Rahmen des FAG wurden Mittel für den neuen Vorsorgefonds in 2013 ausgezahlt. Der vorhergehende Vorsorgefonds wurde in 2012 vollständig aufgelöst und der Verwendung zugeführt. Diese neu ausgezahlten Mittel dürfen noch keiner Verwendung zugeführt werden und sind im Sonderposten zu bilanzieren, da entsprechende gesetzliche Regelungen bisher fehlen. Per Stichtag 31.12.2013 wies der Sonderposten einen Bestand von 7.357 TEUR aus.

Rückstellungen

Rückstellungen werden in Höhe von 107,5 Mio. EUR in der Vermögensrechnung ausgewiesen und haben einen Anteil an der Bilanzsumme von 2,5 %.

Zum Vorjahr liegt eine Steigerung um 10,6 Mio. EUR vor. Diese resultiert vorwiegend aus den für die Hochwasserschadensbeseitigung im außerordentlichen Ergebnis aufwandswirksam gebildeten Rückstellungen in Höhe von 11,5 Mio. EUR.

Des Weiteren wirkten in den Rückstellungen in 2013 Umgliederungen zwischen den Positionen im Vergleich zum Vorjahr, die aus einer Änderung der VwV KomHSyS resultieren.

Entsprechend den Regelungen der rechtsbereinigten SächsKomHVO -Doppik mit Stand 31.12.2012 wurden langfristige Rückstellungen noch mit einem von der Bundesbank vorgegebenen Zinssatz abgezinst. Lt. der Rechtsänderung mit Stand 31.12.2013 besteht diese Pflicht zur Abzinsung nicht mehr. Die Kommunen haben ein Wahlrecht, langfristige Rückstellungen weiterhin abzuzinsen. Dieses Wahlrecht übt die Landeshauptstadt Dresden dahingehend aus, dass nur noch die Rückstellungen für Deponien mit einer Laufzeit bis zu 35 Jahren weiterhin abgezinst werden. Das bedeutete, dass alle vorher abgezinsten und weitergeführten Rückstellungen bis zum vollen Betrag in 2013 aufgefüllt werden mussten. Zur Untersetzung und Entwicklung der einzelnen Rückstellungen wird auf den Anhang verwiesen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten stellen 9,3 % der Bilanzsumme und sind insgesamt ausgewiesen in Höhe von 406,2 Mio. EUR. (Stand Vorjahr 377,8 Mio. EUR). Damit wirkt zum Vorjahr eine Steigerung um 28,4 Mio. EUR. Die Untersetzung der Verbindlichkeiten geht aus den folgenden Tabellen hervor:

	Stand 31.12.2012	Stand 31.12.2013	Abweichung 2013 zu 2012	Entwicklung zu 2012	Anteils- quote 2013
	in TEUR			in %	
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen und wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften	5.992	5.547	-445	92,6	1,4
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	21.058	26.277	5.219	124,8	6,5
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	16.945	8.219	-8.726	48,5	2,0
Sonstige Verbindlichkeiten	333.757	366.123	32.366	109,7	90,1
Summe Verbindlichkeiten	377.752	406.166	28.414	107,5	100,0

Die Landeshauptstadt Dresden nahm auch im Jahr 2013 keine Kredite in Anspruch, somit musste kein Schuldendienst für Kredite geleistet werden. Lediglich für das kreditähnliche Rechtsgeschäft (Forfaitierungsmodell - Energetische Schulsanierung) waren im Jahr 2013 noch Zinszahlungen in Höhe von 230.663 EUR und Tilgungsleistungen in Höhe von 445.152 EUR zu leisten.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind insgesamt um 5,2 Mio. EUR zum Vorjahr gestiegen. Diese beinhalten u. a. die Sicherheitseinbehalte für Baumaßnahmen (ca. 1,7 Mio. EUR) und stichtagsbezogen noch offene aber nicht fällige Rechnungen für Leistungen aus Werk- und Dienstleistungsverträgen. Bedingt durch die Jahresabgrenzung in der Ergebnisrechnung wurden Rechnungen für in 2013 erbrachte Leistungen noch bis zum 14.02.2014 dem Jahr 2013 zugeordnet, deren Fälligkeit in 2014 lag. Dies gilt für alle Verbindlichkeitsarten.

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen beinhalten Verpflichtungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und gesetzliche Leistungen im Rahmen der Jugend- und Sozialhilfe sowie allgemeine Umlagen. Diese reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 8,7 Mio. EUR. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr resultiert wesentlich aus niedrigeren Verbindlichkeiten gegenüber dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten Dresden aus dem nicht erforderlichen Verlustausgleich zum Stichtag 31.12.2013.

Die sonstigen Verbindlichkeiten stellen 90,1 % der gesamten Verbindlichkeiten und stiegen um 32,4 Mio. EUR. Die Steigerung zum Vorjahr ist wesentlich begründet mit den gestiegenen Verbindlichkeiten

- aus gewährten Fördermitteln, Schlüssel- und Investitionszuwendungen um 39,4 Mio. EUR
- aus dem Liquiditätsverbund um 14,3 Mio. EUR
- aus erhaltenen Anzahlungen von 5,8 Mio. EUR

In den anderen Positionen wurden Verbindlichkeiten abgebaut. Zu den weiteren Ausführungen dazu wird auf den Anhang verwiesen.

Zum 31.12.2013 weist die Landeshauptstadt Dresden, aus der gemeinsamen Anlage liquider Mittel, folgende Verbindlichkeiten gegenüber Teilnehmern des Liquiditätsverbundes aus:

Liquiditätsverbund/Verbindlichkeiten	Stand	Stand	Veränderung
	31.12.2012	31.12.2013	
	TEUR		
EB Kindertageseinrichtungen Dresden	4.985	12.630	7.645
EB Sportstätten Dresden	8.755	15.813	7.058
EB IT-Dienstleistungen Dresden	1.140	720	-420
Summe	14.880	29.163	14.283

Zu den weiteren Erläuterungen siehe Rechenschaftsbericht und Anhang

Passive Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP)

PRAP wurden in der Vermögensrechnung 2013 mit 6,3 Mio. EUR gebildet. Im Vergleich zum Vorjahr sind es 3,3 Mio. EUR weniger. Dieser Posten enthält zum Jahresende abgegrenzte konsumtive Zuwendungen und konsumtive Spenden sowie Erträge, die dem Folgejahr zuzurechnen sind.

Anlagenverzeichnis:

- Anlage 1 Jahresabschluss 2013 (Vermögensrechnung [Bilanz] per 31.12.2013, Gesamtergebnisrechnung 2013, Gesamtfinanzrechnung 2013, Anhang zum Jahresabschluss 2013 einschließlich der Anlagen zum Anhang, Rechenschaftsbericht)
- Anlage 2 CD Jahresabschluss 2013 (gesamtes Zahlenwerk zum Jahresabschluss 2013 und die Erläuterungen der wesentlichen Planabweichungen auf einem Datenträger sowie Schlussbericht 2013 des Rechnungsprüfungsamtes)
- Anlage 3 Vorlage V0404/15 vom 20.03.2015 (Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses 2013)

Die Anlagen werden entsprechend dem angemeldeten Bedarf entweder als Papier oder Datenträger an die Stadträte/innen verteilt.

Dirk Hilbert
Erster Bürgermeister